



DOPPELT GEMOPPELT ! Polizisten verlieren 213,- Euro monatlich

Vergesst die 3 % Arbeitsplatzsicherungsbeitrag oder die Streichung von zwei Biennalsprüngen. Das sind Peanuts im Vergleich zum beschlossenen Belastungspaket.

Denn: Jeder Polizist wird in den nächsten vier Jahren im Schnitt € 213,- monatlich verlieren. Das sind mehr als 10 % vom monatlichen Gehalt eines E2b-Beamten.

Und das Beste: Der Bundeskanzler verliert nur € 204,- monatlich, das sind gerade 1 % seines Gehalts, obwohl er das Zehnfache eines E2b-Beamten verdient.

➔ ALLE BERECHNUNGEN UND BEWEISE IN DIESER AUSSENDUNG ←

Die FEG hat das Belastungspaket mit offenen Augen durchleuchtet und den Wahrheitsgehalt der Politikeraussagen überprüft. Dabei konnten wir nicht nur die ganze Tragweite des Pakets in Erfahrung bringen, sondern auch feststellen, dass die GÖD und die Polizeigewerkschaft offensichtlich von Anfang an dabei waren und kläglich gescheitert sind.

Die GÖD stimmte dem Belastungspaket zu und die FSG verharmloste dieses in einer Aussendung (siehe rechts)

ORF vom 11.02.12:

„Den Beitrag der Beamten zu diesem Sparziel, rund 1,8 Mrd. Euro, stellte der Chef der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), Fritz Neugebauer, Freitagabend in der ZIB2 außer Streit.“

ZA-INFO der FSG vom 11.02.12:

„Niemand hat mit diesem Sparpaket Freude. Wir haben uns bis zuletzt mit allen Mitteln dagegen gewehrt. Zumindest konnten die geplanten Sparmaßnahmen von 2,4 auf 1,7 Milliarden gedrückt sowie ein Aussetzen von Biennalsprüngen und ein Sicherheitsbeitrag verhindert werden.“

Nur AUF uns ist Verlass !

Die relevanten Eckpunkte aus dem Stabilitätspaket (heißt wahrscheinlich so, weil wir in den nächsten Jahren **stabil und paketweise** Geld verlieren werden):

Stabilitätspaket, Seite 17, Öffentlicher Dienst:

Besoldungsrechtliche Maßnahmen: Volumen 1,1 Mrd. Euro

„Betroffen sind alle Bundesbediensteten und die LandeslehrerInnen, aber ohne die Mitarbeiter der Post, Telekom, alles in allem ca. 210.000 Personen.“

1,1 Mrd. Euro/210.000 Beamte ergibt einen **durchschnittlichen Einkommensverlust in der Höhe von € 5.238,-- in vier Jahren**

= € 109,-- monatlich

Stabilitätspaket, Seite 17, Öffentlicher Dienst:

„Dazu kommen „kleinere“ Maßnahmen wie etwa Änderungen im **Dienstplan** beim Militär, oder ein neues **Dienstzeitenmanagement** für die Exekutive. Diese Maßnahmen bringen gemeinsam noch einmal 222 Mio. Euro. Betroffen: Militär: 14.600; Exekutivbedienstete (Polizei, Justizwache): ca. 30.000.“

ORF vom 11.02.12: Reform der Dienstpläne bei Polizei und Heer

„Dazu kommen noch Einsparungen bei einzelnen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes. **So ist bei der Exekutive eine Reform des Systems von Überstunden und anderen Mehrdienstleistungen geplant, womit auch ein häufigeres Arbeiten am Wochenende möglich werden soll.** Damit sollen bis 2016 insgesamt 150 Millionen Euro eingespart werden.“

150 Millionen Euro/30.000 Polizisten **ergibt einen durchschnittlichen Einkommensverlust in der Höhe von € 5.000,-- in vier Jahren**

= € 104,-- monatlich

Die GÖD und die Polizeigewerkschaft haben also erreicht, dass wir in den nächsten vier Jahren folgenden, durchschnittlichen Einkommensverlust hinnehmen müssen:

Gesamt: € 10.238

= € 213,-- monatlich

Das heißt z.B. für einen Polizisten in E2b, Gehaltsstufe 9, einen monatlichen VERLUST in der Höhe von

11,4 %

Auf der nächsten Seite: Die Solidarbeiträge von FAYMANN und SPINDELEGGER

Die "Solidarbeiträge" von FAYMANN und SPINDELEGGER

Stabilitätspaket, Seite 8, Ausgestaltung des Solidarbeitrags

„Zwischen einem Jahreseinkommen von 60.000 Euro und 150.000 Euro (Steuerbemessungsgrundlage) bleibt der bisherige Steuersatz von 50% bestehen. Ab 150.000 Euro Jahreseinkommen wird für das **darüberliegende Einkommen** ein Zuschlag zum Spitzensteuersatz von 3,5 % wirksam. Der Zuschlag erhöht sich für Einkommensanteile über 300.000 Euro auf 5 % und für Einkommensanteile über 500.000 Euro auf 7,5 %. Technisch umgesetzt wird die Regelung über die Sechstelbegünstigung und den Gewinnfreibetrag bei Selbstständigen. Die Maßnahme ist vorab **bis 2016 befristet**.“

Bundeskanzler FAYMANN

(gab seinen Beitrag im ORF mit 3.000 Euro/Jahr an)

Jahreseinkommen:	€ 244.800
Steuerbemessungsgrundlage:	€ 235.627
Einkommen über 150.000:	€ 85.627
3,5 % Solidarbeitrag jährlich:	€ 2.996
Solidarbeitrag monatlich:	€ 249

Nachdem von der Steuerbemessungsgrundlage noch diverse Freibeträge abgezogen werden, haben wir eine unverbindliche Weiterberechnung vorgenommen, die realitätskonform erscheint:

- Kirchenbeitrag	€ 200
- Werbungskosten	€ 12.000
- Topfsonderausgaben	€ 2.920
- Arbeitnehmerabsetzbetrag	€ 54
- Verkehrsabsetzbetrag	€ 291
Summe	€ 15.465

Daraus ergibt sich ein monatlicher Solidarbeitrag von

€ 204,--

Das ist ein monatlicher Verlust von

1 %

vergleiche:

(bei E2B/9 sind es € 213,-- oder 11,4 %)

Vizekanzler SPINDELEGGER

(gab seinen Beitrag im ORF mit 2.500 Euro/Jahr an)

Jahreseinkommen:	€ 215.424
Steuerbemessungsgrundlage:	€ 206.251
Einkommen über 150.000:	€ 56.251
3,5 % Solidarbeitrag jährlich:	€ 1.968
Solidarbeitrag monatlich:	€ 164

Nachdem von der Steuerbemessungsgrundlage noch diverse Freibeträge abgezogen werden, haben wir eine unverbindliche Weiterberechnung vorgenommen, die realitätskonform erscheint:

- Kirchenbeitrag	€ 200
- Werbungskosten	€ 12.000
- Topfsonderausgaben	€ 2.920
- Arbeitnehmerabsetzbetrag	€ 54
- Verkehrsabsetzbetrag	€ 291
Summe	€ 15.465

Daraus ergibt sich ein monatlicher Solidarbeitrag von

€ 119,--

Das ist ein monatlicher Verlust von

0,66 %

vergleiche:

(bei E2B/9 sind es € 213,-- oder 11,4 %)

Während der Verlust von FAYMANN & CO bis zum Jahr 2016 befristet ist, wirkt sich dieser bei uns auf die gesamte Lebensverdienstsumme aus.

In 20 Jahren verlieren wir ca. € 50.000,--

Sind wir Polizisten Masochisten ?

Bisher mussten wir uns nur vom Bürger anspucken und prügeln lassen. Neuerdings prügelt aber auch unser eigener Dienstgeber auf uns ein, und das gleich doppelt!

Deswegen sind wir trotzdem keine Masochisten, sondern wir dienen einfach der Sache. Aber wie lange noch? Sollen wir Polizisten jetzt auch „normale“ Bürger werden und gegen das Sparpaket demonstrieren?

Sicherlich liegt die Schmerzgrenze bei einem Polizisten weit höher als beim Normalbürger, aber irgendwann ist diese auch bei uns erreicht. Aktuell sind wir nahe dran, weil man uns zu viel an Belastung zumutet. Sparen ja, aber nicht noch extra bestrafen.

In der jetzigen Situation, in der wir vom Dienstgeber und auch von der GÖD so schmähsch im Stich gelassen werden, kann man sich schon vorstellen, dass Polizisten bei Demonstrationen gegen das Belastungspaket nicht mehr den Demonstranten gegenüber, sondern auf deren Seite stehen.

Die Rückmeldung einer Kollegin zu unseren Aussendungen brachte es schon vorausschauend vor einigen Wochen auf den Punkt:

„Ich bin 19xx eingetreten, zu anderen Pensions- und Arbeitsbedingungen. Mein Unmut und auch der meiner Kollegen steigt.“

Wieso wir nicht zumindest eine eigene Exekutivgewerk-

schaft haben, erschließt sich mir nicht ... Oh ja doch, man bedenke nur, was das für den Rest der Beamten-gewerkschaft bedeutet.

Die Innenminister wechseln so häufig, dass ich gar nicht mehr wissen will, wer an der Reihe ist. Wenn wir ehrlich sind, ist dies nicht von Belang, da keiner von ihnen wirklich Ahnung von dem hat, was ein Polizist im Dienst leistet.

Polizisten kann keiner leiden, die Sympathie hält sich in Grenzen, wieso auch sollte jemand für UNS einstehen...? Ich habe das Gefühl, dass wir von unseren Vertretern und vom Dienstgeber im Stich gelassen werden.

Wenn ihr uns stecht, bluten wir nicht? Wenn ihr uns kitzelt, lachen wir nicht? Wenn ihr uns vergiftet, sterben wir nicht? Und wenn ihr uns beleidigt, sollen wir uns nicht rächen?“

Was können W I R noch tun ?

Die FEG hat sich bereits mit allen Ländervertretern über mögliche gewerkschaftliche Maßnahmen beraten und wird die Gespräche diese Woche weiterführen, während sich die selbsternannte POLIZEIGEWERKSCHAFT immer weiter in Verschwiegenheit und Halbwahrheiten verzettelt,

aus denen sie irgendwann nicht mehr herauskommen wird.

Was kannst DU noch tun ?

Auch DU kannst uns unterstützen. Sag der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

„GOEDBYE“

und komm zur

**FREIEN
EXEKUTIV GEWERKSCHAFT**

Hilf uns, die Interessen der Exekutive zu vertreten.

Nur durch den Austritt aus der GÖD und durch die Stärkung der **FEG** kannst du dem Lehrer-Dino sagen, dass er auf dem falschen Weg ist.

Die **FEG** ist die einzige, die die Exekutive noch vertritt, sonst niemand.

Übrigens: Mit Einlangen der Beitrittserklärung bei der FEG beginnt dein Versicherungsschutz, mit Rechtsanspruch bei freier Anwaltswahl.

Infos unter:

www.feg.at

auf-feg@gmx.at



Franz Hartlieb
Bundesvorsitzender

Wir lassen euch nicht im Stich!

Der Witz oder das Armutszeugnis der Woche:

Frau Bundesminister für Inneres tritt in der KLEINEN ZEITUNG (29. Jänner 2012, Seite 10) als **Arbeitnehmervertreterin** gegen Verschlechterungen auf, die von der Bundesregierung geplant werden:

„Mit uns wird es sicher keine weitere Belastung des Mittelstandes, der sich sein Geld hart erarbeitet, geben“, sagt Mikl-Leitner in ihrer Funktion als Bundesobfrau des ÖVP-Arbeitnehmerflügels ÖAAB.“

Kann man noch tiefer heucheln ?

**Arbeitnehmervertreter in Aktion:
~~roter Foglar~~, schwarze Mikl-Leitner**



**Wenn ihr Hilfe braucht,
ruft uns einfach an !**

IMPRESSUM:

FREIE EXEKUTIV GEWERKSCHAFT, 1080 Wien, Florianigasse 16, Tel.: +43-1-4067515 DW 0; Fax: DW 23
E-Mail: feg@feg.at. Für den Inhalt verantwortlich: Franz Hartlieb

Aus Gründen der Lesbarkeit verzichten wir auf geschlechtsneutrale Formulierungen.
Es sind jedoch immer beide Geschlechter im Sinne der Gleichbehandlung angesprochen.